



politik+++mittelstand+++information Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT - News · 2. Ausgabe 2011

Keine energiepolitischen Abenteuer



Dr. Norbert Röttgen, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, mit Frank Gotthardt, stellv. MIT-Bundesvorsitzender, Dieter Bischoff, Vorsitzender der MIT-Energiekommission, und Hartmut Schauerte, stellv. MIT-Bundesvorsitzender (v.l.n.r.)

Die politische Entscheidung zur Energiewende ist gefallen. Über die Notwendigkeit einer so schnellen und kompromisslosen Abkehr von der Kernenergie gibt es nicht nur innerhalb der MIT unterschiedliche Auffassungen. Wichtig ist aber, dass die mit der Energiewende einhergehenden Problemstellungen schnell beantwortet werden. Dazu gehört, dass der Produktionsstandort Deutschland nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Derzeit ist nicht absehbar, wie die Stromversorgung im Jahr 2022 aussehen soll. Es ist unklar, wie die geplante Verdopplung des Anteils der erneuerbaren Energien binnen zehn Jahren zu erreichen ist. Außerdem wird mit dem Umstieg zu erneuerbaren Energien ein massiver Netzausbau erforderlich. Der Strompreis wird sich aufgrund der enormen Investitionen zwangsläufig verteuern. Dies schadet vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen. Es gilt,

den Produktionsstandort Deutschland wettbewerbsfähig zu halten und Arbeitsplätze zu sichern. Wenn Deutschland die größte CO₂-freie Energieart abschaltet, wird das zudem Auswirkungen auf die Klimaschutzziele haben. Es kann zu einer erheblichen Verzögerung bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen kommen. Grundsätzlich ist aus Sicht der MIT eine europäische Lösung anzustreben. Ein Alleingang Deutschlands ohne ein energiepolitisches Gesamtkonzept auf europäischer Ebene wird dem Grundanliegen – nämlich eine sichere und preiswerte Energieversorgung im Rahmen eines ausgewogenen und nachhaltigen Energiemixes – nicht gerecht. Es ist wenig geholfen, wenn Deutschland seine vergleichsweise sicheren Kernkraftwerke abschaltet und gleichzeitig die Produktion in den Kernkraftwerken der Nachbarländer hochgefahren wird, um Deutschlands Energiebedarf zu decken.

Bei einer Neuausrichtung der Energiepolitik hält die MIT an ihren Grundsatzforderungen fest:

- fairer Wettbewerb auf den Energiemärkten als effizientestem und produktivstem Mechanismus zur Nutzung von Energieressourcen und zur Gewährleistung wirtschafts- und verbraucherfreundlicher Energiepreise,
- eine ideologiefreie und technologieoffene Energiepolitik für eine sichere, preiswerte und umweltschonende Energie sowie ein ausgewogener und nachhaltiger Energiemix,
- die Senkung und schrittweise Abschaffung der doppelten Steuerbelastung der Energie durch Energiesteuer und Mehrwertsteuer auf die Energiesteuer,
- steuerliche Anreize für Maßnahmen der Energieeffizienz und Ressourcenschonung, wobei entsprechende Programme stets an der Höhe der Primärenergieeinsparung zu orientieren sind,
- die Aufweichung vorhandener Oligopole und die Verhinderung von Neubildungen auf dem deutschen Energiemarkt,
- die breite Öffnung des Energiemarktes für dezentrale, mittelständische Strukturen,
- die Ablehnung von Anschluss- und Benutzungszwängen,
- die schrittweise Rückführung der Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG),
- Verfallsdaten für Gesetze, die Fördertatbestände regeln, wobei grundsätzliches Ziel für alle Energiearten sein muss, Energie zu Normalkosten ohne jede Subvention bereitstellen zu können,
- die Minderung der Abhängigkeit der deutschen und europäischen Volkswirtschaft von den derzeitigen Bezugsländern und
- eine gemeinsame europäische Energiepolitik, um die Versorgungssicherheit unserer Volkswirtschaft zu gewährleisten und um mit einer starken Stimme gegenüber den Exportländern aufzutreten.

Europäischer Stabilitätsmechanismus

Der deutsche Mittelstand ist auf einen funktionierenden Europäischen Binnenmarkt, eine verlässliche Gemeinschaftswährung und sichere politische Rahmenbedingungen angewiesen. Angesichts der angespannten Situation in Griechenland und anderen Euro-Problemländern nehmen die Bedenken über die Zukunft des Euros als starke Währung jedoch zu. Sicher ist: Die Europäische Idee hat weiter eine gute Zukunft, wenn die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen konsequent ausgestaltet und eingehalten werden. So darf der in Brüssel verabschiedete Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) kein Einstieg in eine dauerhafte Transferunion sein. Dies würde Anreize für eine solide Haushaltsdisziplin untergraben und Mitgliedstaaten mit nachhaltiger Haushaltspolitik bestrafen. Deutschland muss die einstimmig zu gebenden Finanzzusagen von weiteren Reformen im ESM abhängig machen. Die MIT fordert das Prinzip der Einstimmigkeit zu erweitern, den Einfluss der Bundesbank zu erhöhen und eine Umschuldungsoption vorzusehen. In Deutschland muss es eine angemessene Beteiligung des Bundestages geben.

Zudem ist der Rettungsschirm grundsätzlich auf drei Jahre zu begrenzen. Für jede weitere Verlängerung müssen die nationalen Parlamente ihre Zustimmung geben. Festlegungen zur Art, Höhe und Begrenzungen der deutschen Beiträge zum ESM sind gesetzlich zu regeln und vom Bundestag zu beschließen. Sollte ein anderer Eurostaat eigene Zuschusspflichten nicht erfüllen können, muss bei der Entscheidung für dann erforderliche Nachschusspflichten das Prinzip der Einstimmigkeit gelten. Bislang sieht das ESM-Verfahren lediglich die einfache Mehrheit im Verwaltungsrat vor. Deutschland könnte somit gegen seinen Willen zur Aufstockung gezwungen werden. Die MIT sieht darüber hinaus unabhängig von der Ausgestaltung des Rettungsschirmes einen erheblichen strukturellen Nachbesserungsbedarf, denn Europa hat keine Währungskrise, sondern eine strukturelle Schuldenkrise. Daher muss eine europäische Insolvenzordnung eingeführt werden, damit überschuldete Staatshaushalte in einem geregelten Verfahren marktkonform restrukturiert werden können.

Verlässliche und gerechte Steuerpolitik für die Mitte der Gesellschaft

Die Mitte der Gesellschaft – also jene Menschen in unserem Land, die zur Arbeit gehen, Steuern zahlen, Kinder großziehen und sich an die Regeln halten, müssen wieder im Mittelpunkt der Politik stehen. Im Koalitionsvertrag der bürgerlichen Bundesregierung wurden nicht zuletzt auf Initiative der MIT zahlreiche Entlastungsgesetze und Vorhaben zur Entbürokratisierung festgeschrieben. Diese Maßnahmen müssen nun unverzüglich umgesetzt werden. Seit Jahren stehen vor allem zwei Hauptprobleme im Fokus: die „kalte Progression“ und der „Mittelstands- und Facharbeiterbauch“. Die „kalte Progression“ sorgt dafür, dass die verfügbaren finanziellen Mittel

eines Arbeitnehmers für den Konsum jedes Jahr kleiner werden. Der „Mittelstands- und Facharbeiterbauch“ treibt gerade für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen die Steuerlast nach oben, wodurch ihnen von einer Lohnerhöhung nur ein geringer Anteil bleibt.

Die MIT verlangt eine verlässliche und gerechte Steuerpolitik zu Gunsten der Mitte der Gesellschaft und fordert die Bundesregierung auf, die Beseitigung der steuerpolitischen Fehlsteuerungen in den Fokus der Politik zu stellen. Der „Tarifknick“ muss völlig abgeschafft und der Steuertarif alle zwei Jahre an die Inflationsrate angepasst werden.

MIT IN DEN MEDIEN

Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der MIT Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, sagte der Zeitung DIE WELT: „Die Öffnung nach links in den Zeiten der großen Koalition hat nicht funktioniert. Die Öffnung zu den Grünen funktioniert auch nicht. Vielleicht versuchen wir es mal mit uns selbst.“ (Die Welt, 24. Mai 2011)

Im Interview mit dem Focus sagte MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann: „Viele Leistungsträger haben ein gutes Gespür dafür, dass einige Grundsatzentscheidungen in die falsche Richtung gehen. Die Bundeskanzlerin darf sich mit ihrer Führung nicht in Berlin einbunkern.“ (Focus, 22. Mai 2011)

„Wenn Josef Schlarmann an die Zukunft der CDU denkt, dann sieht er schwarz. Am vergangenen Montagnachmittag ist der Niedersachsen besonders düster gestimmt, gerade hat seine Partei die Wahlen in Bremen grandios verloren, und im Zug nach Berlin redete ein Kollege das auch noch klein. Schlarmann erzählt es grimmig: Seine Partei mache viel zu viel verkehrt, findet er, suche mal links und mal im Grünen nach Themen, statt sich auf den »Markenkern« zu besinnen.“ (Die Zeit, 27. Mai 2011)

MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann zur aktuellen Politik der Bundesregierung: „Wir müssen die im Koalitionsvertrag versprochenen Steuersenkungen unbedingt machen“, verlangte er. Zur Debatte um Kredithilfen für Euro-Krisenländer sagte Schlarmann: „Intern brodet es gewaltig.“ Der Einstieg in eine Transferunion sei ein schwerer Fehler. In der Eurozone solle der Bundeshaushalt für Länder riskiert werden, die definitiv überschuldet seien. „Das kann nicht gut gehen.“ (Berliner Morgenpost, 21. Mai 2011)

„Es ist der Zickzackkurs, der die Unternehmen ausbremst, verlässlich in die Zukunft zu planen. Das betrifft vor allem die Themen Steuern, Energie und Europapolitik. Da wird heute etwas gesagt, um es morgen wieder zurückzunehmen“, sagte Dr. Josef Schlarmann der Thüringer Allgemeine am Rande der Jubiläumsveranstaltung 20 Jahre MIT Thüringen. (Thüringer Allgemeine, 20. Mai 2011)

Der von der Bundesregierung beschlossene Atomausstieg wird von Dr. Josef Schlarmann heftig kritisiert: „Die überstürzte Ausstiegsentscheidung ist nur zu verantworten, wenn durch den Umstieg die Energie preiswert, sicher und umweltfreundlich bleibt. Das ist aber nicht der Fall: Es wird teurer. An die Stelle der Atomkraft treten Braunkohlekraftwerke, Atomstrom aus Nachbarländern sowie Gas aus Russland. Damit wird die Energieversorgung weniger umweltfreundlich und unsicherer.“ (Focus, 22. Mai 2011)

Förderung energetischer Gebäudesanierung



Stellte sich den Fragen von Bundesvorstand und Energiekommission der MIT: Dr. Norbert Röttgen, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

In einem Gespräch mit dem Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen MdB unterstützte die MIT die vom Bundeskabinett beschlossenen Maßnahmen zur steuerlichen Förderung von energetischen Wohngebäudesanierungen. Dies sei ein wichtiger Beitrag, um die vorhandenen Potenziale im Bereich der Energieeffizienz und Ressourcenschonung noch stärker zu nutzen. Dieter Bischoff, Vorsitzender der MIT-Energiekommission, betonte, dass die energetische Altbausanierung helfen könne, bis zu 40 Prozent des Energieverbrauchs einzusparen. „Die beschlossenen Anreize werden dazu führen, dass Immobilienbesitzer

verstärkt Investitionen vornehmen und somit dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen zu senken.“ Die MIT hat bereits seit längerem appelliert, den Gebäudebereich – insbesondere den Altbaubestand – stärker in den Fokus der Maßnahmen zur Energie- und CO₂-Einsparung zu nehmen. Mit dem vorliegenden „Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden“ wird dem nun Rechnung getragen. Der Entwurf sieht vor, dass Kosten für die energetische Wohngebäudesanierung über zehn Jahre mit jeweils bis zu 10 Prozent abgesetzt werden können.

Förderung der Arzneimittelversorgung

Die Kommission Gesundheitspolitik des MIT-Bundesvorstandes plädiert dafür, die Förderung der Arzneimitteltherapiesicherheit, der Therapietreue und des Therapieverständnisses des Patienten zu hochrangigen Zielen der Arzneimittelversorgung zu erklären. Hierfür sollen die Rahmenbedingungen für Ärzte und Apotheker so gestaltet werden, dass die nutzenorientierte interprofessionelle Zusammenarbeit in der Arzneimittelversorgung gefördert wird. Für die Heilberufe, die in die Arzneimittelversorgung eingebunden sind, sollen interprofessionelle

Ausbildungsteile verankert werden, die die nutzenorientierte patientenbezogene Zusammenarbeit zur Förderung der Arzneimitteltherapiesicherheit, der Therapietreue und des Therapieverständnisses des Patienten im Versorgungssystem zum Inhalt haben. Es sollen substantielle Anreize für eine verstärkte Entwicklung und Umsetzung von qualitätsgesicherten Maßnahmen geschaffen werden. Um diese Ziele umsetzen zu können, sollen die Rahmenbedingungen für den Betrieb von Apotheken entsprechend geprüft werden.

Fakten

Spritpreise

Den Ärger über hohe Spritpreise bekommen die Mineralölwirtschaft und die Tankstellen ab. Dabei wird übersehen, dass der Staat für mehr als die Hälfte des Endpreises verantwortlich ist. Deutschland gehört in der EU zu den Ländern mit dem niedrigsten Nettopreis von Kraftstoffen. In Deutschland gehen 59 Prozent des Preises für Superbenzin und 51 Prozent des Dieselpreises auf die Mineralölsteuer und die Mehrwertsteuer zurück. Mit diesen Steueranteilen liegt Deutschland in der EU auf dem fünften bzw. dem dritten Platz. Dabei liegen die Kraftstoffpreise selbst mit 1,52 Euro für Superbenzin und 1,35 Euro für Diesel im Mittelfeld der EU-Länder. Bei mittleren Endverbraucherpreisen und hohen Steueranteilen müssen die Nettopreise zwangsläufig gering sein. In Deutschland verlangen die Tankstellen mit 62 Cent den zweitniedrigsten Nettopreis in der EU.

Aufstocker

Die Zahl der Erwerbstätigen, die zusätzlich zu ihrem Erwerbseinkommen Arbeitslosengeld II erhalten, ist im Jahr 2010 auf fast 1,4 Millionen gewachsen. Drei Jahre zuvor waren es noch 160.000 weniger. Die Zunahme liegt indes nicht daran, dass die Beschäftigten einen zu geringen Lohn erhalten und sie dementsprechend auf ergänzende Zahlungen vom Job-Center angewiesen sind. Vielmehr hat sich die Zahl derer erhöht, die sich zu ihrem ALG II in geringem Umfang etwas hinzuverdienen. Zwei Drittel der sogenannten Aufstocker sind lediglich teilzeitbeschäftigt, über ein Drittel macht sogar nur einen Mini-Job. Auf der anderen Seite sind rund 311.000 Personen trotz einer Vollzeitbeschäftigung auf ergänzende Hilfe angewiesen, zum Beispiel weil sie einen großen Haushalt zu versorgen haben. Das entspricht gerade einmal 14,7 Prozent der insgesamt Vollzeitbeschäftigten.

EU-Mittelstandsmonitor

Mit 25 Milliarden Euro sind etwas mehr als die Hälfte der Bürokratiekosten, die aus Informations- und Berichtspflichten der Bundesgesetzgebung resultieren, letztlich auf Bestimmungen der Europäischen Union zurückzuführen. Hinzu kommen weitere Regelungen, die nicht direkt in Bundesgesetze einfließen, aber trotzdem für die Betriebe wichtig sind. Viele Firmen wissen jedoch gar nicht, was die EU noch alles im Köcher hat. Mithilfe eines Mittelstandsmonitors sollen Gesetzesvorhaben der Kommission und des Europäischen Parlaments daraufhin abgeklöpft werden, ob sie für Unternehmen relevant sind. Der Monitor ist unter www.bmw.de abrufbar. (Quelle: IW Köln)

Kommunalpolitik aus Sicht des Mittelstands

Die AG Kommunalpolitik unter dem Vorsitz von MIT-Bundesvorstandsmitglied Benno Lendorf hat ein „Kommunalpolitisches Konzept des Mittelstandes“ erarbeitet. Darin wird deutlich, dass die Kommunen durch die seit Jahren zunehmende Bindung öffentlicher Finanzen durch den Sozialstaat immer mehr zu Vollzugsorganen staatlicher Gesetzgebung geworden sind und hierdurch die kommunale Selbstverwaltung schrittweise zurückgedrängt wurde. Wurden 1970 noch rund 15 Prozent der kommunalen Ausgaben für Soziales aufgewendet, liegt der Anteil heute bei über 35 Prozent. Genau umgekehrt entwickelte sich das für mittelständische Unternehmen und Handwerk so wichtige Investitionsvolumen. Deshalb war das vom Bund initiierte Konjunktur-

programm II für Investitionen in den Kommunen nicht nur für die Konjunkturbelebung von Bedeutung, sondern auch enorm wichtig, um unterlassene Investitionen vergangener Jahre zum Teil nachzuholen. Schon heute ist die Mehrzahl von Städten und Gemeinden in einer finanziellen Schieflage. Ziel muss es daher sein, künftige Schulden zu verhindern und einen planmäßigen Schuldenabbau mit Hilfe von Bund und Ländern in Gang zu setzen. Das kommunalpolitische Konzept thematisiert weiterhin Kassenkredite, die Selbständigkeit der Kommunen, interkommunale Zusammenarbeit, das Konnexitätsprinzip sowie Aspekte der demografischen Entwicklung. Es kann auf der Internetseite der MIT unter www.mittelstand-deutschland.de abgerufen werden.

Zukunft des Rundfunks in Deutschland

Freie Medien sind ein wesentliches Element unserer demokratischen Ordnung, ein besonders schützenswertes Kulturgut und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Es gilt, die großen Chancen der Digitalisierung zu nutzen und die Risiken zu minimieren. Vor diesem Hintergrund hat der Vorsitzende der AG Medienwirtschaft, Daniel Walther, für die MIT ein Positionspapier verfasst, welches auf die Zukunft des dualen Rundfunksystems in Deutschland eingeht. In dem Positionspapier kommt zum Ausdruck, dass sich das duale Rundfunksystem bewährt hat. Es hat uns in Deutschland eines der vielfältigsten Rundfunkangebote der Welt eingebracht. Es gilt nun, ein gewisses Maß an Gleichgewicht zwischen den beiden Säulen des Dualen Systems zu erhalten. Das heißt, den privaten Anbietern muss ein Spielraum für deren wirtschaftliche Entwicklung belassen werden.

Ziel ist eine Rundfunkordnung, die der Bedeutung des Rundfunks als Kultur- und Wirtschaftsgut gerecht wird sowie Meinungsvielfalt und Qualität sichert. Im Bereich des Rundfunks richtet sich der Qualitätsanspruch vorrangig an den mit Gebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen

Markenzeichen Qualität sein muss. Die Rundfunkanstalten werden aufgefordert, Qualitätskriterien für ihre Programme unter Einbeziehung der Gremien transparent zu entwickeln und die Einhaltung der Kriterien in der Umsetzung zu überprüfen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss vor allem eine Grundversorgung mit Bildung, Kultur und Information gewährleisten. Die Umstellung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, weg von der jetzigen an Empfangsgeräte anknüpfenden Rundfunkgebühr hin zu einem geräteunabhängigen Rundfunkbeitragsmodell, ist zu begrüßen. Das gilt insbesondere auch für das Bemühen der Länder, den künftigen Rundfunkbeitrag nicht über das jetzige Niveau steigen zu lassen. Es besteht ein Interesse an einer tragfähigen, aufkommensneutralen und allgemein akzeptierten Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die die mittelständische Wirtschaft als tragende Säule unserer Volkswirtschaft nicht unverhältnismäßig und stärker belastet als bisher. Das Positionspapier kann auf der MIT-Internetseite www.mittelstand-deutschland.de abgerufen werden.

Keine Transfer-Union durch die Hintertür



Der MIT-Kreisverband Paderborn hat eine Unterschriftenaktion gegen die dauerhafte Finanzierung überschuldeter EU-Länder ins Leben gerufen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU lehnt einen dauerhaften Schuldentransfermechanismus in der EU ab. Vielmehr muss der Grundsatz gelten, dass jeder Mitgliedsstaat für seine Schulden selbst haftet. Es ist unabdingbar, dass die Ursachen der europäischen Staatsschuldenkrise bekämpft werden. Daher fordert die MIT die Bundesregierung und die politischen Vertreter auf europäischer Ebene auf, umgehend grundlegende Korrekturen in der Europapolitik vorzunehmen und den Weg hin zu einer Transferunion zu beenden. Das finanzpolitische Fehlverhalten einzelner Mitgliedstaaten darf nicht zu einer Destabilisierung Deutschlands und der gesamten Europäischen Union führen.

Alle Informationen zur Aktion finden Sie unter www.mit-paderborn.de

MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,
Hauptgeschäftsführer der MIT

Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 22 07 98-0
Telefax: 0 30 / 22 07 98-22

E-Mail: info@mittelstand-deutschland.de
www.mittelstand-deutschland.de

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: iStockphoto.com/
pixelchickDK/-yuri_arcurs/-sylvanworks-hidesy/
sonstige Bilder: brandung², Lieferungen der MIT



MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU